



Landesverband
Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei
Regionalverband
Fränkisches Thüringen
stv. Regionalvorsitzender
Martin Truckenbrodt
Sonneberger Straße 244
96528 Frankenblick/Seltendorf
martin.truckenbrodt@oedp.de
Tel. 036766 84790

ÖDP Fränkisches Thüringen • Sonneberger Str. 244 • 96528 Frankenblick

Seltendorf, den 30. Januar 2024

Angedachtes Oberzentrum „Südthüringen“

Sehr geehrte Damen und Herren,
so verständlich wie ist es ist, dass sich Meiningen und Schmalkalden für eine Berücksichtigung beim Oberzentrum um Suhl bemühen, müssen wir jedoch leider dennoch feststellen, dass dieses Bemühen eine seit Jahrzehnten verfehlte Landesplanung in Thüringen unterstützt und damit manifestiert.

Wir halten folgende Korrekturen an der Landesplanung (Landesentwicklungsprogramm) für zwingend notwendig:

1. Die Vergabe des Status Oberzentrum erfolgt zukünftig vorrangig anhand einer ausreichenden Erfüllung und Gewährleistung der Aufgaben und Funktionen eines Oberzentrums.
2. Für Oberzentren wird zusätzlich eine Mindesteinwohnerzahl von 30.000 oder eventuell auch nur 25.000 Einwohnern festgelegt.
3. Oberzentren können auch aus zwei Städten gemeinsam gebildet werden, in Ausnahmefällen aus drei Städten gemeinsam.
4. Der Status der Kreisfreiheit wird zukünftig nur noch an Großstädte, also an Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern, vergeben.
5. Die Planungsregionen (Planungsgemeinschaften) werden gestärkt (siehe 6.) und mit mehr Transparenz und demokratischer Legitimierung ausgestattet.
6. Die Planungsregionen übernehmen schrittweise und, in Bezug auf die betreffenden Mitarbeitenden, sozialverträglich alle Aufgaben des Landesverwaltungsamtes und gleichrangiger Ämter und Behörden, welche nicht eindeutig als landeshoheitliche Aufgaben zu werten sind. Einzelne dieser Aufgaben können eventuell auch direkt an Landkreise und kreisfreie Städte zurückgegeben werden.
7. Alle betreffenden Behörden und Ämter, welche landeshoheitliche Aufgaben ausführen und begleiten, werden direkt den betreffenden Ministerien angegliedert und unterstellt.



Wir betrachten die Umsetzung dieser sieben Punkte als zwingend notwendige Verwaltungsreform für Thüringen. Das Ergebnis wäre ein Rückbau der Verwaltung mit gleichzeitiger Reduzierung aktueller unnötiger und ausbremsender Mehrfachverwaltung und der Pro-Kopf-Verwaltungskosten in Thüringen, welche bekanntlich im Vergleich der Bundesländer aktuell zu den höchsten gehören. Wir gehen auch davon aus, dass so deutlich mehr Geld für die Kommunen in Thüringen übrig sein wird. Dies könnte viele Thüringer Kommunen aus dem Status der systemischen drastischen Unterfinanzierung oder gar der Konsolidierung befreien.

Es ist kein allzu großes Geheimnis, dass das Landesverwaltungsamt seinerzeit u.a. deshalb geschaffen wurde, die Mitarbeitenden der Verwaltungen der DDR-Zeit unterzubringen, sprich zu versorgen. Dies war für den damaligen Zeitpunkt in gewisser Weise durchaus verständlich und nachvollziehbar gewesen. 30 Jahre später sind die betreffenden Mitarbeitenden jedoch nun größtenteils schon in Rente (Pension) oder kurz davor. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine tatsächliche Verwaltungsreform, welche diesen Namen auch zu recht trägt, durchzuführen.

Wir wiederholen weiterhin an dieser Stelle unsere Forderung nach der Schaffung eines Landkreises Suhl, welcher sich, zuzüglich Oberhof und Zella-Mehlis, bezüglich des Gebietszuschnitts zumindest grob am zuletzt preußischen Kreis Schleusingen orientieren könnte und sollte.

Sollte es tatsächlich zum aus unserer Sicht in mehrfacher Hinsicht unsinnigen Oberzentrum „Südthüringen“ kommen, so fordern wir hiermit mit deutlichem Nachdruck dafür einen anderen Namen ein. Der Begriff „Südthüringen“ missachtet nicht nur die fränkische kulturelle Prägung und die dafür ursächliche und maßgebliche historische Zugehörigkeit unserer Region südlich des Rennsteigs zu Franken. Er ist auch nicht deckungsgleich mit dem Gebiet des ehemaligen Bezirks Suhl, der „Autonomen Gebirgsrepublik Suhl“, welches sich heute noch am Verbreitungsgebiet der Tageszeitungen Freies Wort, Meininger Tageblatt und Südthüringer Zeitung zeigt. Hier bezieht man sich in der sprachlichen Praxis auf ein Gebiet und nicht auf eine Ansammlung von sechs Städten. Wir empfehlen hier die Verwendung des Begriffs „Henneberger Land“. Dies ist gut möglich, weil Sonneberg, als Bereich mit nur sehr kurzer hennebergischer Geschichte, nicht dabei ist.

Mit freundlichen Grüßen



Verteiler: Städte Suhl, Oberhof, Zella-Mehlis, Schleusingen, Schmalkalden und Meiningen, Landkreise Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen, TMIL, TMIK

Als außerparlamentarische Oppositionspartei erlauben wir es uns, unsere Positionierung zur Extremismusabgrenzung konsequent anzuwenden und dementsprechend den Fraktionen von AfD und BZH dieses Schreiben nicht zukommen zu lassen.